



Energiepolitik

Aiwanger fordert mehr Speicher statt nur Netzausbau: "Netzbetreibern muss erlaubt werden, Stromspeicher zu bauen"

27. Januar 2023

MÜNCHEN. Der erforderliche Verteilnetzausbau, um die Erneuerbaren Energien (EE) wie Photovoltaik- und Windenergieanlagen anzuschließen, kann mit dem massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht Schritt halten und löst das Problem nicht, Stromspitzen und Bedarf zu koordinieren. Neben mehr Anstrengungen zum Ausbau der Verteilnetze fordert Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger deshalb vom Bund dringend gesetzliche Korrekturen, um den Ausbau von Speichern, beispielsweise große Batterien und Wasserstoff, zu beschleunigen und dies auch den Netzbetreibern zu erlauben. Bisher ist ihnen das untersagt.

Aiwanger: „Weiter nur auf die althergebrachten Lösungen wie klassischen Netzausbau zu setzen, wird den aktuellen Herausforderungen nicht mehr umfänglich gerecht. Für die schnelle Integration von dezentralen Erzeugungsanlagen ist die Nutzung des gesamten technisch möglichen Werkzeugkastens dringend nötig. Es müssen auch leistungsfähige dezentrale Batteriespeicher und Elektrolyseure zur Wasserstoffherzeugung als zusätzliche Maßnahmen genutzt werden. Das ist den Netzbetreibern aber bisher verboten. Diese praxisfremde Regelung muss dringend geändert werden, weil die Energiewende bereits jetzt massiv ins Stocken gerät.“

Batteriespeicher und Elektrolyseure ermöglichen direkt eine stärkere Nutzung der vorhandenen Leitungen, da damit Einspeisespitzen abgefangen und mit den Verbrauchsspitzen zur Deckung gebracht werden können. Speicher sind damit ein wichtiger Faktor für die Energiewende. In Bayern wären in den nächsten Jahren viele hundert bis zu tausend zusätzliche Umspannwerke nötig, um den EE-Strom in die Netze zu bringen. Ein durchschnittliches Umspannwerk hat eine Größe von knapp einem Hektar und kostet 10-20 Millionen Euro, Realisierungsdauer derzeit rund 8 Jahre. Aiwanger will mit mehr Speichermöglichkeiten vor Ort auch die Zahl der zusätzlich benötigten Umspannwerke reduzieren. Bayern hat ein Sonderprogramm

über 150 Millionen Euro für den Bau von rund 50 Elektrolyseuren aufgelegt, das im Frühjahr starten soll.

Die Nutzung von Speichern als weiteres Instrument zur Integration zusätzlicher regenerativer Erzeugungsanlagen ist auch eine der zentralen Forderungen in dem Memorandum of Understanding, das im Juli 2022 zwischen bayerischen Verteilnetzbetreibern, Branchenverbänden insbesondere der Energiewirtschaft, kommunalen Spitzenverbänden, Bayerischem Bauernverband und dem Bayerischen Wirtschaftsministerium vereinbart wurde.

Aiwanger: „Leider hat die Bundesnetzagentur immer noch nicht für Klarheit gesorgt, unter welchen Rahmenbedingungen Verteilnetzbetreiber nach §11a EnWG oder §11b EnWG Speicher nutzen können. Hier muss dringend Handlungssicherheit geschaffen werden. Ich werde dieses Anliegen, auch als Vorsitzender der Wirtschaftsministerkonferenz, gegenüber dem Bund hartnäckig verfolgen.“

Ansprechpartner:
Jürgen Marks
Leiter Pressereferat

Pressemitteilung-Nr. 28/23